Landkreis **Vorpommern-Rügen**
Mobilitätsausschuss

Niederschrift über
die 3. Sitzung des Mobilitätsausschusses am 21. Januar 2020

Sitzungsraum: Aufenthaltsraum der VVR (EG), Zum Rauhen Berg 1, 18507 Grimmen,
Sitzungsdauer: 17:30 - 20:13 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender
Herr Thomas Reichenbach

Kreistagsmitglied

Herr Alexander Benkert	
Herr Michael Meister	Vertretung für Herrn Roland Herrmann
Frau Julia Präkel	
Herr Norbert Schöler	
Herr Thomas Schulz	
Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp	

Sachkundige Einwohner/-in

Herr Steffen Bartsch-Brüdgam	
Herr Mario Bauch	
Herr Lutz Herzberg	Vertretung für Herrn Dr. Ronald Zabel
Herr Armin Latendorf	Vertretung für Frau Andrea Kühl
Herr Rolf Martens	
Herr Steffen Worm	Vertretung für Frau Heike Lohrmann

Von der Verwaltung

Herr Marcus Hanusch	Protokollführer
Herr Ralph Langkammer	FDL 02
Herr Dietmar Schubotz	FGL 12.10

Gäste:

Herr Ingo Garbsch	VCD Stralsund
Frau Dr. Carmen Kannengießer	Kreistagsmitglied
Herr Wolfgang Kannengießer	DEHOGIA Verband
Herr Axel Thien	Hotel „Haus Mönchgut“ Thiessow
Frau Christiane Latendorf	Kreistagsmitglied
Herr Lutz Gelzenleuchter	sachkundiger Einwohner

Es fehlen:

Kreistagsmitglied	
Herr Roland Herrmann	entschuldigt
Frau Andrea Kühl	entschuldigt
Herr Dr. Ronald Zabel	entschuldigt
Frau Anita Zimmermann	entschuldigt
Sachkundige Einwohner/-in	
Frau Heike Lohrmann	entschuldigt
Frau Friederike von Buddenbrock	entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Bestätigung der Niederschriften vom 29. Oktober 2019 und vom 3. Dezember 2019
5. Beschlusskontrolle
6. Vorstellung des VVR durch den Geschäftsführer Herrn Ulrich Sehl
7. Maßnahmenplan Mobilität
8. Anfragen
9. Mitteilungen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Reichenbach eröffnet die 3. Sitzung des Mobilitätsausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und 11 von 15 Mitgliedern anwesend sind. Damit stellt Herr Reichenbach die Beschlussfähigkeit fest.
Herr Reichenbach weist daraufhin das die 3. Sitzung des Mobilitätsausschusses aufgezeichnet wird. Diese werde nach Bestätigung der Niederschrift gelöscht.

Einwände werden nicht vorgetragen.

2. Einwohnerfragestunde

Frau Latendorf erfragt, ob bei der Erstellung des Nahverkehrsplanes ebenfalls wieder ein ÖPNV-Beirat gegründet werde und inwiefern die Gemeinden des Umlandes miteinbezogen würden.

Herr Langkammer informiert, dass der Nahverkehrsplan in einer ähnlichen Form erstellt werde. Aktuell sei ein Fragenkatalog an die Ämter und Bürgermeister versandt worden, indem die Bürgermeister ihre Überlegungen und Wünsche bis zum 28.

Februar 2020 an die Verwaltung übersenden sollen. Die Auswertung erfolge mit dem Planungsbüro. Darüber hinaus werde es ebenfalls Vor-Ort-Termine geben.
Der Gesetzgeber schreibe vor, dass ein ÖPNV-Beirat gegründet werde. Hier sei zu klären, aus welchen Mitgliedern dieser bestehen solle. Ob eine getrennte Arbeitsgruppe ÖPNV-Unternehmen gegründet werde, sei noch nicht abschließend geklärt. Dies müsse im Mobilitätsausschuss beraten werden.
Das Arbeitspapier des Mobilitätsauschusses beinhalte bis zu 50 % Themen des ÖPNV. Diese Themen müssen kontinuierlich abgearbeitet werden. Zu den aktuellen Sachständen werde die Verwaltung regelmäßig informieren. Im Arbeitspapier sei festgehalten worden, dass ein Mobilitätsdialog erfolgen solle. Dieser müsse breit gefächert werde. Hier sehe Herr Langkammer die Kontaktaufnahme mit den Gemeinden bereits als Start des Dialoges.

Herr Thien informiert, dass der Verkehr auf der Halbinsel Mönchgut überhand genommen habe. Der ÖPNV werde aus seiner Sicht nicht in Anspruch genommen. Er finde es positiv, dass die Busse im Halbstundentakt fahren. Er bittet darum, dass mit den Betroffenen gesprochen werde, um eventuell alternative Lösungen zu finden. Es müsse gehandelt werden.

Frau Dr. Kannegießer informiert, dass in den Sommermonaten auf der B 196 ein starkes Verkehrsaufkommen herrsche. Dies sei dem Erdbeerhof geschuldet. Die Urlauber, die den dortigen Parkplatz ansteuern, würden die Straße in beide Richtungen blockieren. Sie habe sich bereist an das Ordnungsamt der Stadt Bergen gewandt. Dieses wiederum habe sich mit der Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Vorpommern-Rügen in Verbindung gesetzt. Die Straßenverkehrsbehörde habe dem Ordnungsamt der Stadt Bergen auf Rügen mitgeteilt, dass die Probleme bekannt seien und nach einer Lösung gesucht werde. Bis jetzt habe sie jedoch keine Antwort erhalten habe. Frau Kannengießer bittet darum eine Lösung zu finden.

Herr Reichenbach merkt an, dass das Thema nicht der Schwerpunkt des Mobilitätsausschusses sei. Jedoch werde die Verwaltung den Sachverhalt prüfen.

Frau Präkel betritt den Raum um 17:49 Uhr

Herr Kannengießer erfragt, welche Programme der VVR geplant habe, um den ÖPNV attraktiver für die Bevölkerung und die Touristen zu gestalten.
Auch die Tarife und Tickets müssen überdacht und eventuell neue Angebote gestaltet werden. Hier sei die Unterscheidung in Vor- und Nachsaison zu berücksichtigen. Weiter sei auch die Verfügbarkeit von Taxis ein Problem. Der Landkreis Vorpommern-Rügen hatte dazu bereits ein Treffen initiiert, jedoch wurde dies nicht fortgeführt. Hier müsse Änderungen erfolgen.

Herr Reichenbach führt an, dass sich im Rahmen der Ausschusssitzung mit den Taxiunternehmen und dem VVR verständigt werden müsse, um eine Aussage treffen zu können.

Herr Garbsch erfragt, inwieweit der Ausschuss das Thema Vereinheitlichung der Kurkarten in den Ostseebädern mitaufzunehmen überlege.

Herr Reichenbach informiert, dass dies ein Punkt auf der langen Liste für den Mobilitätsausschuss sei.

Herr Garbsch erfragt bei Herrn Sehl, ob geplant sei, einen Bürgerbus oder ein Rufbussystem einzuführen und wie eine Planung und Umsetzung erfolgen könnte.

Herr Langkammer gibt zu bedenken, dass das Planungsrecht bei den Gemeinden liege. Diese entscheide, ob sie gewisse Maßnahmen umsetzen. Es müsse eine Absprache erfolgen, um gewisse Rahmenbedingungen zu schaffen.
Zum Thema Rufbussystem werde im Rahmen der Verkehrsplanung geprüft, wo ein Rufbussystem umgesetzt werden könne.

Herr Garbsch regt an, dass dies innerhalb eines Projekttages durchgeführt werden könne.

Herr Langkammer versichert, dass dieser Umstand geprüft und ein Ergebnis dargelegt werde.

Frau Latendorf merkt an, dass im Verkehrsplan 2014 bis 2019 bereits alternative Bedienungsformen konkret benannt worden seien. Frau Latendorf erfragt, ob dafür noch keine Erfahrungswerte vorliegen würden.

Herr Sehl informiert, dass das Angebot eines Anrufsammeltaxis aufgrund mangelnder Nachfrage zurückgezogen worden sei. Daraufhin sei die Abendlinie eingeführt worden, welche besser angenommen werde als das Anrufsammeltaxi. Es gebe im Fahrplan der VVR auch Rufbus- und Bedarfsfahrten. Welche eine gewisse Flexibilität gewährleiste.

Herr Bauch betritt den Raum um 18:03 Uhr

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Redebedarf besteht nicht.

Abstimmungsergebnis:
Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

4. Bestätigung der Niederschriften vom 29. Oktober 2019 und vom 3. Dezember 2019

Redebedarf besteht nicht.

Herr Reichenbach bittet um Abstimmung der Niederschrift vom 29. Oktober 2019.

Abstimmungsergebnis:
Dafür: 7
Dagegen: 0
Enthaltungen: 6

Herr Meister verlässt den Raum um 18:12 Uhr

Herr Reichenbach bittet um Abstimmung der Niederschrift vom 3. Dezember 2019.

Abstimmungsergebnis:
Dafür:6
Dagegen: 0
Enthaltungen: 6

5. Beschlusskontrolle

Herr Reichenbach informiert, dass es gegenwärtig drei Beschlüsse gäbe, welche verfolgt werden müssten.
Diese seien:

1. die Streichung der Mindestentfernung gemäß der Schülerbeförderungssatzung,
2. das Schülerfreizeitticket,
3. die S-Bahnlinie zwischen Rostock und Stralsund.

Herr Reichenbach erteilt zu 1. Herr Sehl das Wort.

Herr Sehl gibt eine kurze Übersicht wie viele Schüler durch die VVR befördert werden würden. Er merkt an, das von einem Bestandsnetz ausgegangen werden müsse, wenn die Mindestentfernung wegfallen würde. In den Spitzenzeiten der Beförderung würden alle Fahrzeuge unterwegs seien. Diese Aufhebung der Mindestentfernung müsse bei Netz- und Linienführung berücksichtigt werden. Besonderes Augenmerk sei auf die Standorte Stralsund, Ribnitz-Damgarten, Bergen auf Rügen und Sassnitz zu legen. Im März 2020 sei ein Testtag, später eventuelle eine Projektwoche geplant, welche die Aufhebung der Mindestentfernung simulieren, um eventuelle Engpässe vorab klären zu können. Dieser Testtag beziehe sich auf den ganzen Landkreis Vorpommern-Rügen.

Herr Meister betritt den Raum um 18:23 Uhr

Herr Bauch befürworte den Testtag, die Nachfrage müsse ausgelotet werden.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp befürwortet ebenfalls den Testtag. Er merkt an, dass es eine Überlegung sein könnte, parallel Befragungen an den Schulen durchzuführen.

Herr Sehl erklärt, dass vorab natürlich umfangreich informiert werden müsse. Eine Befragung der Schulen sei nur durch zusätzliche Unterstützung des VVR Personals notwendig.

Herr Benkert führt an, dass im ländlichen Raum neue Haltestellen geschaffen werden müssten, um die Angebote wahrnehmen zu können.

Herr Langkammer bringt an, dass die Verwaltung bemüht sei, alle Fragen aufzunehmen und im Nahverkehrsplan umzusetzen.

Frau Präkel befürworte ebenfalls den Testtag. Eine zeitnahe Darlegung der Auswertungen im Mobilitätsausschuss sehe sie als sinnvoll an, um anschließend darüber diskutieren zu können.

Der Mobilitätsausschuss befürwortet einstimmig den Testtag.

Herr Reichenbach ruft den Punkt 2 Schülerfreizeitticket auf.

Herr Sehl informiert, dass dies ein Netzticket sei. Damit könne man die Busse im Liniennetz des Landkreises Vorpommern-Rügen nutzen. Bei einer Abschaffung der Mindestentfernung sei dieses Ticket inkludiert.

Herr Schöler erfragt, wie viele Schülerfreizeitticket verkauft worden seien.

Herr Sehl erwidert, dass im letzten Jahr 189 Tickets verkauft worden seien.

Herr Schöler merkt an, dass eine gratis Nutzung der Busse durch Schüler sinnvoller sei, als seine Leerfahrt.

Herr Sehl führt an, dass bei einer Abschaffung der Mindestentfernung eine Gleichstellung erfolgen könne.

Herr Latendorf erfragt, ob die Möglichkeit bestehe, ebenfalls einen Testtag für die Schülerfreizeitkarte durchzuführen.

Herr Langkammer gibt den Hinweis, dass sich die Verwaltung im Prozess der Nahverkehrsplanung befinde. Es könne jetzt keine abschließende Antwort gegeben werden.

Herr Benkert merkt an, dass auch genügend Busse zur Verfügung stehen müssten, damit ein besseres Angebot geschaffen werden könne .

Herr Worms führt an, dass die Bürgermeister aufgefordert worden seien, Wünsche zu äußern. Diese Wünsche sollten anschließend auch berücksichtigt werden.

Herr Benkert erwidert, dass es genug Vorschläge gegeben habe. Jedoch fahre nur ein Schülerbus, welcher die Schüler abhole. Dies sei für einige Betroffene zu früh oder zu spät, um den Bus nutzen zu können. Es müsse ein besserer Linienverkehr umgesetzt werden.

Herr Langkammer merkt an, dass dies nur der Kreistag durch den Nahverkehrsplan beschließen könne.

Herr Sehl informiert, dass das Liniennetz auf dem Festland überarbeitet werden müsse. Man könne nicht nur den Schülerverkehr betrachten, sondern auch der Linienverkehr außerhalb der Schülerbeförderung sei wichtig.

Herr Bartsch-Brüdgam merkt an, dass durch die Kreisgebietsreform auch Einsparungen durchgeführt werden mussten. Die Finanzierung sei ein wichtiger Aspekt. Dazu komme auch die Verfügbarkeit von Bussen und entsprechendem Personal. Man müsse klein anfangen und dürfe das Ziel nicht aus den Augen verlieren.

Herr Reichenbach ruft den Punkt 3 S-Bahnlinie auf.

Herr Langkammer merkt an, dass eine Ableitung eines Prüfauftrages für den Landrat sehr schwierig sei. Dies könne nur im Rahmen der Nahverkehrsplanung erfolgen. Es bestehe lediglich die Möglichkeit, das zuständige Ministerium zu kontaktieren. Der Landrat werde einen Brief an das Ministerium für Energie versenden, in der begründet werde, warum eine S-Bahnlinie notwendig sei.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

6. Vorstellung des VVR durch den Geschäftsführer Herrn Ulrich Sehl

Herr Sehl stellt den VVR vor.

Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage bei.

7. Maßnahmenplan Mobilität

Herr Reichenbach führt an, dass wie bereits erwähnt ein Schreiben an die Gemein-

den verschickt worden sei, um die Bedarfe für den Nahverkehrsplan zu ermitteln. Dies sei ein erster Schritt für einen künftigen Dialog.
Zukünftig sehe er ebenfalls kein Problem darin, den Verkehrsclub Deutschland zu den Sitzungen einzuladen.

Herr Herzberg regt an, dass der Regionale Planungsverband einen Vortrag zum Thema Tarif- und Verkehrsverbund im Mobilitätsausschuss halten könne.
Herr Herzberg erfragt, inwieweit Herr Sehl diesbezüglich daran mitgearbeitet habe.

Herr Sehl informiert, dass er zu einem Zeitpunkt eingeladen worden sei, zudem das Konzept bereits ausgearbeitet war. Er habe lediglich Hinweise geben können.

Her Langkammer erwidert, dass er an der Leistungsbeschreibung mitgearbeitet habe. Eine abschließende Auswertung sei ihm noch nicht bekannt.

Herr Reichenbach regt an, über den ÖPNV-Beirat zu diskutieren. Es sei zu entscheiden, wer in den Beirat gewählt werde und wann dieser tagen solle.

Herr Langkammer merkt an, dass der Gesetzgeber lediglich vorgebe einen Beirat aufzustellen.

Herr Wetenkamp sagt, dass es auch Mitglieder sein sollten, die sich mit dem Themen auseinandersetzen könnten.

Herr Bauch führt an, dass bezüglich des Mobilitätsdialoges die Kommunikation zwischen Bus und Bahn nicht unberücksichtigt bleiben sollte.

Herr Martens schlägt vor, die Sitzungen des Mobilitätsauschusses und der Beiratssitzungen zu trennen. Die Besetzung sollte die gleiche wie im Mobilitätsauschuss sein.

Frau Latendorf merkt an, dass der letzte ÖPNV-Beirat aus einem Mitglied jeder Fraktion, dem Integrationsbeauftragten, Vertreter des Seniorenbeirates, Vertreter des Tourismusverbandes, Vertreter des Fahrgastverbandes, der Arbeitsgruppe der Verkehrsunternehmen und des Kreiselternrates bestanden habe. Dies sollte bei einer Gründung bedacht werden.

Herr Langkammer informiert, dass in der nächsten Sitzung der Planer für den Nahverkehrsplan anwesend sein werde. Herr Langkammer tendiere dazu, dass nicht alle Ausschussmitglieder des Mobilitätsausschusses in den Beirat gewählt werden müssten.

Herr Martens weist daraufhin, dass die Fahrplankonferenzen ebenfalls ein Ort für einen Mobilitätsdialog seien. Dies könne noch ausgebaut werden.

Herr Langkammer merkt an, dass im Zuge der Abfrage des Nahverkehrsplanes, die abgefragten Daten wie eine Fahrplankonferenz ausgewertet werden würden.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp sieht die Erbringung einer Antwort auf die Abfrage bezüglich des Nahverkehrsplanes als schwierig in dieser kurzen Zeit. Für eine zukünftige Fahrplangestaltung müssten die Betroffenen direkt befragt werden. Fahrplankonferenzen an verschiedenen Orten sehe er als sinnvoll.

Herr Langkammer informiert, dass Fahrplankonferenzen für die Aufstellung von Fahrplänen eines Jahres durchgeführt worden seien. Über einen längeren Zeitraum sei der Nahverkehrsplan relevant.

Herr Reichenbach bittet um Abstimmung, ob der Verkehrsclub Deutschland (VCD) zum Mobilitätsausschuss eingeladen werde solle.

Der Mobilitätsausschuss stimmt einstimmig zu.

Herr Martens merkt an, dass über Fahrplankonferenzen nachgedacht werden müsse. Dies gehöre zum Mobilitätsdialog dazu.

Herr Sehl informiert, dass im letzten Jahr in Grimmen und Stralsund Fahrplankonferenzen durchgeführt worden seien. Es habe sich gezeigt, dass viele Punkte durch den Nahverkehrsplan abgedeckt werden.

Herr Langkammer führt an, dass im nächsten Jahr wieder eine Fahrplankonferenz stattfinden werde.

Herr Benkert bringt an, dass auch die Schulleiter mit berücksichtigt werden.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

8. Anfragen

Herr Bauch merkt an, dass er eine Anfrage an die Verwaltung gestellt habe, inwieweit der Bund Mittel für ein Ladestationsnetz zur Verfügung stelle. Die Verwaltung möge darüber informieren.

Herr Langkammer informiert, dass er eine Antwort durch die Verwaltung erfolgen werde.

9. Mitteilungen

Herr Reichenbach merkt an, dass die Termine für den Ausschuss sehr eng gesetzt seien. Er fragt, ob der nächste Sitzungstermin ausfallen könne.

Nach kurzer Diskussion einigen sich die Ausschussmitglieder, dass der Ausschuss am 18. Februar 2020 tage. Das Thema werde Alternative Antriebsformen seien.

Herr Reichenbach schließt die Sitzung um 20:13 Uhr.

12. Feb. 2020, gez. T. Reichenbach	12. Feb. 2020, gez. M. Hanusch
_____	_____
Datum, Unterschrift	Datum, Unterschrift
Thomas Reichenbach	Marcus Hanusch
Ausschussvorsitzender	Protokollführer